Donnerstag, 11. Juli 2024

WEINHEIMER
NACHRICHTEN

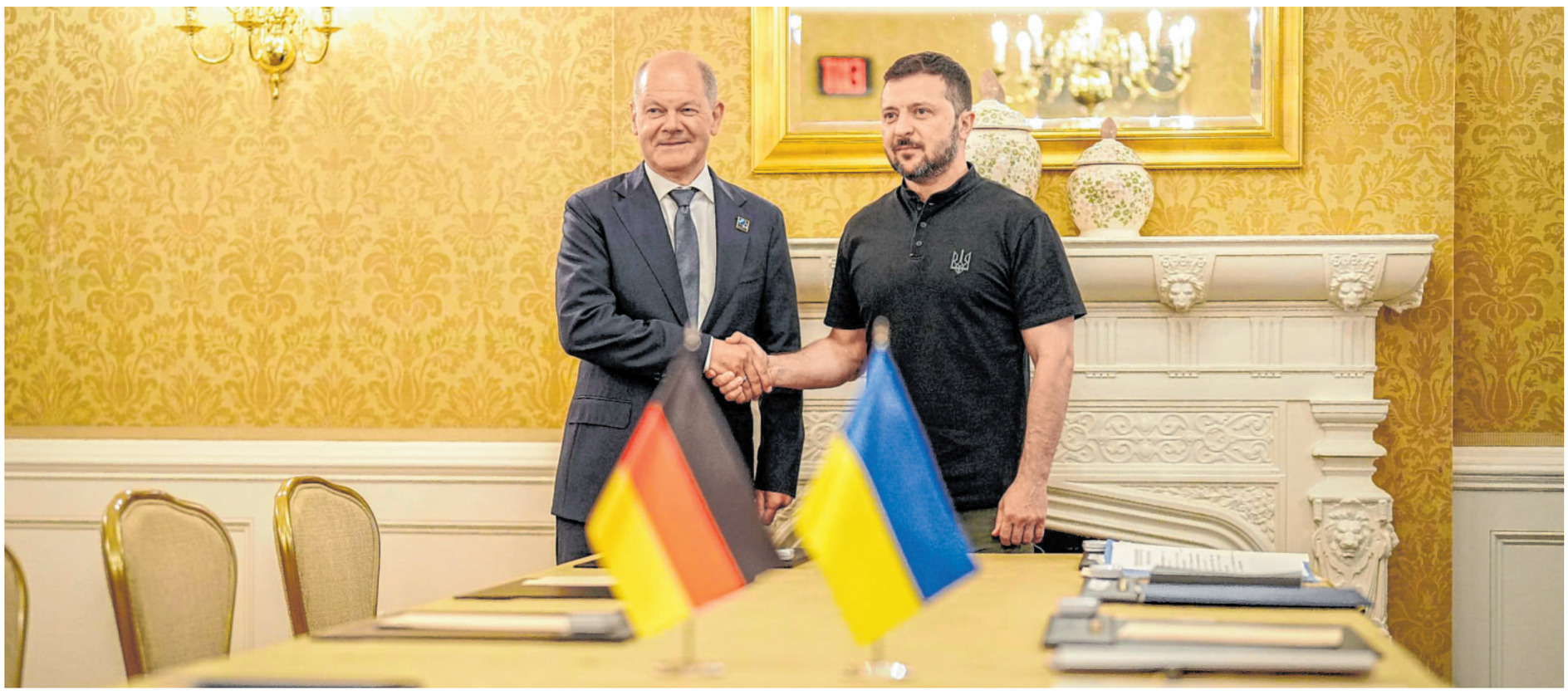
Heute mit vier Seiten **FREIZEIT** Tipps und Termine für die nächste Woche

GASSENSENSATIONEN
Straßentheaterfestival in Heppenheim ▶ ab Seite 19

SAASE BEACH AM WOCHENENDE
Beim Handballturnier in Lützelsachsen feiern viele S3L-Teams ihre Premiere ▶ Seite 28

DAS WETTER
Meist ist es freundlich
Temperatur 28/18° C

Nr. 158 / 162. Jahrgang · Weinheimer Anzeiger · Weinheimer Zeitung · Weinheimer Morgen · Amtsblatt der Stadt Weinheim · D 7102 · Einzelpreis 2,70 €



Bundeskanzler Olaf Scholz (l., SPD) trifft am Rande des Nato-Gipfels Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, zu einem bilateralen Gespräch. BILD: KAY NIETFELD/DPA

Nato macht Ukraine weitere Zusagen

Verteidigung: Bündnis-Staaten sichern Kiew mehr Hilfe zu und bringen die versprochenen Kampfflugzeuge auf den Weg. Der Weg zur Mitgliedschaft sei zudem „irreversibel"

Washington. Nato-Staaten machen jetzt Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der von Russland angegriffenen Ukraine zudem zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text für die Abschlusserklärung des Spitzentreffens wird der Pfad zur Mitgliedschaft als „irreversibel" bezeichnet, wie die Deutsche Presse-Agentur nach Abschluss der Verhandlungen über das Dokument erfuhr.

In dem Text wird noch einmal betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind. Dazu zählen Reformen im Bereich der Demokratie und Wirtschaft sowie des Sicherheitssektors.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stellte der Ukraine unterdessen weitere Hilfe in Aussicht und bezeichnete die bisherige Unterstützung für das Land mit Luftverteidigungssystemen als „großen Schritt". „Aus meiner Sicht ist dieser Prozess nicht abgeschlossen", sagte Scholz vor einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Der Text für die Abschlusserklärung ist ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Positionen im Bündnis zum Nato-Beitrittsprozess abbildet. Die Nato-Perspektive für die Ukraine ist innerhalb der Allianz seit langem ein Streitthema. So lehnen es Länder wie Deutschland und die USA ab, in der derzeitigen Situation eine formelle Einladung zum Beitritt auszusprechen. Grund ist vor allem die Sorge, dass ein solcher Schritt zu einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges führen könnte.

Beitritt schon 2008 vereinbart – allerdings ohne Zeitplan

Auf der anderen Seite stehen etliche andere Alliierte, die argumentieren, dass Russland klar und deutlich gezeigt werden sollte, dass es einen Nato-Beitritt der Ukraine nicht wird verhindern können. In dieser Logik besteht die Hoffnung, dass eine Einladung der Ukraine in die Nato sogar zu einem schnelleren Ende des Krieges führen könnte.

Die deutsch-amerikanische Position ist für die Ukraine vor allem deswegen problematisch, weil sie für Moskau ein Argument gegen die Aufnahme von Verhandlungen sein könnte. Eines der erklärten Kriegsziele von Kremlchef Putin ist die Verhinderung eines Nato-Beitritts des Nachbarstaates.

Eine Grundsatzeinigung zur Aufnahme der Ukraine hatten die Nato-Staaten eigentlich bereits im Jahr 2008 getroffen. Damals war bei einem Gipfeltreffen in Bukarest vereinbart worden, dass die Ukraine ein Mitglied der Nato wird – allerdings ohne jeden Zeitplan.

In dem Text für die Abschlusserklärung wird der Ukraine zudem zugesichert, dass sie auch innerhalb des nächsten Jahres wieder Militärhilfen im Wert von mindestens 40 Milliarden Euro erhält. Das ist der Betrag, der auch in den vergangenen Jahren mobilisiert wurde.

Die Zusage bleibt deutlich hinter dem zurück, was der scheidende Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ursprünglich gefordert hatte. Stoltenberg wollte, dass es eine Mehrjahreszusage gibt, um Russlands Präsidenten Wladimir Putin zu zeigen, dass er nicht auf nachlassendes Engagement des Westens setzen kann. Unter anderem die USA wollten sich jedoch nicht langfristig verpflichten. *dpa*

▶ Bericht Politik

Alte Villa soll weichen

Innenstadt: Bauantrag für Neubau am Postknoten

Weinheim. In den vergangenen Jahren hat sich das Wohnquartier zwischen der Bergstraße, der Bahnhof- und Luisenstraße verändert. Einige Neubauten sind „in zweiter Reihe" entstanden, sodass dies keine Auswirkungen auf das Stadtbild hatte. Das ist bei der geschichtsträchtigen Villa in der Bergstraße 6 etwas anders.

Wer auf der B 3 in Richtung Norden an der roten Ampel der Postkreuzung wartet, steht direkt neben dem – in den 1870er-Jahren erbauten – Haus, das auf dieser Seite freilich recht unscheinbar wirkt.

Der architektonische Charme wird erst erkennbar, wenn man die nördliche Giebelseite betrachtet. Doch die Villa steht nicht unter Denkmalschutz, weshalb nun ein Bauantrag, der den Abriss des Gebäudes und den Neubau eines Mehrfamilienhauses vorsieht, durchaus Aussicht auf Erfolg hat. Das Verfahren ist aber nicht abgeschlossen. *pro*

▶ Bericht auf Seite 9

Eishockey-Set für Schüler

Hemsbach. Gestern waren sie an der Carl-Engler-Realschule in Hemsbach, heute sind sie an der dortigen Hebelschule: Die Mannheimer Adler spenden insgesamt zehn Schulen in der Region ein Eishockey-Set mit zwölf Schlägern, zehn Bällen und Pucks und 30 Leibchen. Anlass ist der 85. Geburtstag, den der Mannheimer Eis- und Rollsport-Club (MERC) im vergangenen Jahr feierte. Die meisten Schulen liegen in Mannheim, an der Bergstraße kommen nur die beiden Hemsbacher Schulen in den Genuss der Spende. Bei der Übergabe an der Carl-Engler-Realschule waren Ex-Torwart Youri Ziffzer und Stürmer Marc Michaelis dabei, die mit den Kindern auch gleich Hockey spielten. *maz*

▶ Bericht auf Seite 13

Reform bei Steuerklassen

Finanzen: Lindner bringt zudem Entlastungen auf den Weg

Berlin. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bringt milliardenschwere steuerliche Entlastungen auf den Weg. Geplant ist auch eine Reform bei Steuerklassen. Das geht aus dem Entwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes 2024 hervor. Es liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, dass statt der Steuerklassen 3 und 5 künftig das sogenannte Faktorverfahren in Steuerklasse 4 genutzt werden soll. Der Grundfreibetrag der Lohn- und Einkommensteuer soll ab Januar 2025 um 300 Euro auf dann 12 084 Euro steigen. Lindner hatte zudem angekündigt, dass der Grundfreibetrag noch in diesem Jahr rückwirkend zum 1. Januar um 180 Euro auf dann 11 784 Euro steigen soll. *dpa*

Fluchtaufruf für Stadt Gaza

Krieg: Israels Armee fordert alle Einwohner auf, die Stadt zu verlassen

Gaza. Die israelische Armee ruft alle Anwohner der Stadt Gaza zur Flucht auf. Die Menschen sollen sich aus der Stadt im Norden des umkämpften Küstengebiets in die im Zentrum gelegenen Orte Deir al-Balah und Al-Sawaida begeben, hieß es in dem Aufruf, den ein israelischer Militärsprecher in arabischer Sprache veröffentlichte. Er beschrieb auch Routen, die die Betroffenen ohne Kontrollpunkte nutzen können.

Die Fluchtaufrufe sind in der Regel ein Anzeichen für bevorstehende neue israelische Militäreinsätze. Israelische Medien sowie Anwohner berichteten, die Armee habe am Morgen Flugblätter in der Stadt verteilt und die Menschen darin zum Verlassen der Stadt aufgefordert. Anwohner berichteten, dass sich ein Großteil der Betroffenen weigere, die Gebiete zu verlassen.

Zerstörte Wohngebäude in Gaza-Stadt. BILD: MAHMOUD ZAKI/XINHUA/DPA

Das Militär hat in den vergangenen Wochen bereits die Bewohner mehrerer Viertel der Stadt Gaza zur Flucht aufgefordert. Der jetzige Fluchtaufruf gilt für die gesamte Stadt. In der Stadt Gaza hatten die israelischen Truppen bereits zu Beginn des Krieges gekämpft. Inzwischen versuchen die Kämpfer der islamistischen Hamas, sich dort und andernorts neu zu gruppieren. Die Stadt ist von den massiven Verwüstungen in dem Krieg mit am schwersten betroffen. *dpa* (BILD: DPA)

Pflege im Heim teurer

Gesundheit: Selbst zu zahlende Anteile weiter gestiegen

Berlin. Die Pflege im Heim wird teurer und teurer. Selbst zu zahlende Anteile für Pflegebedürftige sind trotz gerade verstärkter Kostenbremsen weiter gestiegen, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Mit Stand vom 1. Juli waren im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt 2871 Euro pro Monat aus eigener Tasche fällig – das waren 211 Euro mehr als Mitte 2023.

Die Belastungen nehmen damit auch mit erhöhten Entlastungszuschlägen zu, die sich nach der Dauer des Heimaufenthalts richten. Forderungen nach weiteren Erleichterungen in einer Pflegereform noch vor der Bundestagswahl 2025 werden deswegen lauter. *dpa*

▶ Bericht Politik

LOKALBLICK

Theater am Turm
Eine schräge Rattengang erobert zum Auftakt des Festivals die Stadt Weinheim. Es läuft vom 18. bis 21. Juli im Schlosshof. ▶ Seite 10

Kerwe beginnt am Freitag
Die Organisatoren hinter der Birkenauer Kerwe stehen in den Startlöchern. Am Freitag geht das Fest im Ortskern los. ▶ Seite 15

IN DIESER AUSGABE

Kultur ..... Seite 6
Familienanzeigen ..... Seite 14
Traueranzeigen ..... Seite 23
Bekanntmachungen ..... Seite 23
Sport ..... Seite 25
Fernsehen ..... Seite 31
Aus aller Welt ..... Seite 32

Leserservice
Tel. 0 62 01/8 13 33; leserservice@diesbachmedien.de
Mo.–Fr. 7–16 Uhr, Sa. 8–12 Uhr

Anzeigenannahme
Tel. 0 62 01/8 11 44; anzeigen@diesbachmedien.de
Mo.–Fr. 9–18 Uhr, Sa. 9–12 Uhr

Kartenshop
Tel. 0 62 01/8 13 45; kartenshop@diesbachmedien.de
Mo.–Fr. 9–13, 14–18 Uhr, Sa. 9–12 Uhr

Geschäftsstelle in Volksbank Kurpfalz
Zugang über Bahnhofstraße 18/3; Tel. 0 62 01/81 0
Mo.–Fr. 9–13, 14–18 Uhr, Sa. 9–12 Uhr

40128
4 197642 902703